

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



10.2016 n **Petition Verband Schweizerischer Polizei-Beamter. Stopp der Gewalt gegen die Polizei**

Bericht der Kommission für Rechtsfragen vom 15. Januar 2015

Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 15. Januar 2015 die vom Verband Schweizerischer Polizei-Beamter am 25. Juni 2010 eingereichte Petition vorgeprüft.

Der Petent fordert Änderungen im Strafgesetzbuch, namentlich die Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen, die Erhöhung der Mindeststrafandrohung und die Verdoppelung der Strafandrohung im Wiederholungsfalle bei Gewalt gegen Behörden und Beamte (Art. 285 StGB).

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt ohne Gegenstimme, der Petition keine Folge zu geben.

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Stefan Engler

Inhalt des Berichtes

- 1 Inhalt der Petition
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Inhalt der Petition

Die Petition fordert Änderungen im Strafgesetzbuch, namentlich die Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen, die Erhöhung der Mindeststrafandrohung und die Verdoppelung der Strafandrohung im Wiederholungsfalle bei Gewalt gegen Behörden und Beamte (Art. 285 StGB).

2 Erwägungen der Kommission

Die Kommission nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass gemäss Statistik in den letzten rund 20 Jahren eine stetige Zunahme der registrierten Widerhandlungen gegen Artikel 285 StGB als auch eine Zunahme der Verurteilungen wegen dieses Deliktes erfolgte (Bundesamt für Statistik, Strafurteilsstatistik, sowie polizeiliche Kriminalstatistik). Die Kommission nimmt das Anliegen der Petition ernst und verurteilt mit Nachdruck Gewalt gegen Angestellte des öffentlichen Dienstes. Sie weist darauf hin, dass das Anliegen verschärfter Strafbestimmungen bei Gewalt gegen Behörden und Beamte bereits von anderen parlamentarischen Geschäften getragen wird. Als Folge der Petition hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates das Postulat 13.4011, „Besserer strafrechtlicher Schutz der Staatsangestellten vor Gewalt“, eingereicht, welches vom Nationalrat am 11. März 2014 mit 122 zu 37 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen wurde. Der Standesinitiative Tessin 14.301, „Artikel 285 und 286 des Strafgesetzbuches. Überprüfung der Angemessenheit der Strafraumen“, hat die Kommission ohne Gegenstimme Folge gegeben. Die Standesinitiative verlangt, die Angemessenheit der Strafraumen zu überprüfen, die im Strafgesetzbuch für strafbare Handlungen gemäss Art. 285 (Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte) und Art. 286 (Hinderung einer Amtshandlung) vorgesehen sind. Die Standesinitiative Genf 12.306, „Härtere Sanktionen bei Straftaten gegen Behörden und Beamte“, sowie die Standesinitiative Waadt 11.312, „Petition des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter“, sind pendent. Die beiden Standesinitiativen ersuchen die Bundesversammlung darum, einen Erlass im Sinne der Petition auszuarbeiten. Die ebenfalls pendente bundesrätliche Vorlage 12.046, „StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts“, behandelt unter anderem die von der Petition geforderte Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafe. Die Kommission hält weiter fest, dass im Rahmen der Revision zu einem Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafraumen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht die Strafraumen einer generellen Überprüfung unterzogen werden. Gemäss dem Vorentwurf sollen die Mindeststrafe bei Art. 285 Abs. 2 StGB (qualifizierter Tatbestand) auf eine Geldstrafe nicht unter 90 Tagen und der Strafraumen bei Art. 286 StGB auf Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe erhöht werden.

Da das Anliegen der Petition, das bei der Kommission in seinen Grundzügen durchaus Gehör findet, bereits von mehreren anderen Geschäften behandelt wird, erachtet die Kommission die Petition nicht als notwendig.